

Pandemie: Situation an Schulen spitzt sich zu

Nach dem Landeselternrat sprechen sich inzwischen auch viele Schulleiter für vorgezogene Weihnachtsferien aus

Von Christian Harborth

Hildesheim. Stark steigende Inzidenzwerte und damit einhergehende Corona-Verschärfungen führen dazu, dass die Sorge vor den kommenden Wochen an Hildesheims Schulen wächst. Mitternachts wird auch wieder die Forderung nach vorgezogenen Weihnachtsferien laut. Der Landeselternrat hatte dies bereits vor einigen Tagen gefordert – und sein Vorschlag stößt im Raum Hildesheim mittlerweile auf breite Zustimmung.

„Ich würde viel davon halten, wenn wir schon nach dem Freitag, 17. Dezember, mit den Ferien beginnen würden“, sagt etwa Klaus

Sagermann, Leiter der Albertus-Magnus-Schule. Das würde Lehrkräften wie den Familien noch einmal Luft verschaffen. Auch Marcus Krettek, Leiter des Scharnhorstgymnasiums, hält einen solchen Schritt für „begrüßenswert“. Er würde zu mehr Sicherheit und Entspannung auf allen Seiten beitragen. Die Ferien beginnen eigentlich mit dem 23. Dezember. Kultusminister Grant Hendrik Tonne will bisher auch daran festhalten.

Am Donnerstag meldete das Gesundheitsamt des Landkreises 114 neue Corona-Infektionen, die Sieben-Tage-Inzidenz stieg nach Angaben des Robert-Koch-Instituts zum ersten Mal seit Pandemie-Beginn über die 200er-Marke und

lag am Donnerstag bei 205,5. Die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Schulen sind enorm. Lehrkräfte müssen nicht nur unterrichten, sondern sind zunehmend in der Verantwortung, wenn es um die Kontrolle von Impfnachweise oder Tests geht – etwa dann, wenn Eltern unter „2-G-plus“-Bedingungen in die Schulen kommen. „Wir haben die Sorge, dass wir dem Druck bald nicht mehr standhalten können“, sagt René Mounajed, Leiter der Robert-Bosch-Gesamtschule und Vorsitzender des Schulleitungsverbands Niedersachsen. An der RBG, mit 1500 Schülerinnen und Schülern eine der größten Schulen im Landkreis, gebe es zudem zwei

neue Coronafälle – 60 Mädchen und Jungen mussten in Quarantäne.

Mounajed fordert, dass sich das Land mehr Gedanken dazu machen müsse, wie man die Schulen in der jetzigen Situation unterstützt. „So wie es jetzt läuft, ist es alles nicht mehr leistbar“, sagt Mounajed. Einen kompletten Lockdown, also die Rückkehr ins reine Distanzlernen, hält er zwar für falsch. Aber das Land sei jetzt gefordert, für Entlastung zu sorgen. „Und das nicht wieder auf den letzten Drücker.“

Auch viele Grundschulen registrieren offenbar einen wachsenden Druck. „Unsere Belastungsgrenze ist erreicht“, sagt etwa die

Leiterin der Grundschule Itzum, Claudia Maria Wendt. Sie warnt davor, den Schulen in der jetzigen Situation weitere Aufgaben aufzubürden. „Es darf da jetzt nicht noch mehr drauf.“

Die Grundschulen sind von den jüngsten Verschärfungen besonders betroffen: Unter anderem müssen die Erst- und Zweitklässler wieder Masken im Unterricht tragen. Laut Wendt spüre man die Folgen sehr deutlich. Die Kinder würden „kribbeliger“, die Verschärfungen seien für sie oft nicht fassbar. Vielleicht, so Wendt, mache es Sinn, sich noch mehr als bisher mit der Frage nach Lüftern und Luftaustauschgeräten zu beschäftigen.